

NACHRICHTEN

Ricola verkauft Disch-Aktien

LAUFEN sda. Ricola verkauft die Süswarenproduzentin Disch. Neue Besitzerin wird die Beteiligungsgesellschaft Alrupa Finanz Holding. Der Verkauf sämtlicher Aktien an die Alrupa ist gestern erfolgt. Die Weiterbeschäftigung aller Mitarbeitenden sei gesichert, der Standort im aargauischen Othmarsingen bleibe erhalten, teilte Ricola mit. Mit dem Verkauf will sich die Bonbon- und Kräuterteherstellerin Ricola vermehrt auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Toyota fährt Rekordgewinn ein

TOKIO sda. Der japanische Autoriese Toyota hat im abgelaufenen Geschäftsjahr dank des schwachen Yen Rekordgewinne eingefahren. Wie der gemessen am Absatz weltgrösste Autohersteller gestern bekannt gab, erhöhte sich der Betriebsgewinn um 20 Prozent auf 2,75 Billionen Yen (rund 21 Milliarden Franken).

Mieten steigen im April leicht

ZÜRICH sda. Die Mieten der ausgeschrieben Wohnungen lagen im April im Vergleich zum Vormonat um 0,09 Prozent höher. Im Vorjahresvergleich zeigt sich aber ein Anstieg von 1,43 Prozent. Teurer wurden die ausgeschriebenen Wohnungen gegenüber März und im Vorjahresvergleich in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn, Tessin, Waadt, Genf, Thurgau, Basel-Stadt und Baselland.

Arbeitslosigkeit sinkt im April

ARBEITSMARKT Der Frankenschock spiegelt sich bisher kaum in den Beschäftigungszahlen wider. Firmen in der Zentralschweiz setzen eher auf verlängerte Arbeitszeiten.

LIVIO BRANDENBERG
livio.brandenberg@luzernerzeitung.ch

Im Frühling und vor allem im April gehen die Arbeitslosenzahlen traditionell zurück. Das hat saisonale Gründe, etwa die Beschäftigungszunahme in der Baubranche oder im Gastgewerbe. «Der saisonale Effekt überlagert den konjunkturellen», sagte Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), gestern in einer Telefonkonferenz.

Der Vergleich mit dem Vorjahr bestätigt dies: Gegenüber April 2014 stieg die Zahl der Arbeitslosen um fast 3 Prozent. Ende April dieses Jahres waren in der Schweiz 141 131 Personen arbeitslos – das entspricht einer Quote von 3,3 Prozent (siehe Tabelle). Somit waren in der Schweiz 4044 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im Vorjahresmonat. Im Vergleich zu anderen Jahren ist der saisonale Rückgang der Arbeitslosenzahl heuer schwächer ausgefallen. Die Arbeitslosenquote ist im April dieses Jahres nur um 0,1 Prozent gesunken. Das zeigen die gestern veröffentlichten Zahlen des Seco.

Kurzarbeit auf tiefem Niveau

Schon im März hatte die Arbeitslosigkeit verglichen mit dem Vorjahr zugenommen, jedoch um 1,6 Prozent nicht ganz so stark. Gemäss Boris Zürcher ist die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt «angespannt, aber nicht dramatisch». Das zeigt sich auch in den Zahlen zur Kurzarbeit. Diese sind zwar im



Ein Blick in die Produktion des Technologiekonzerns Ruag in Emmen. Keystone/Urs Flüeler

Februar 2015 – die Zahlen werden aus Abrechnungsgründen verzögert erfasst – verglichen mit dem Vormonat um rund 62 Prozent angestiegen. Betroffen waren 3593 Personen, das ist fast ein Drittel mehr als bei Jahresbeginn. Die ausgefallenen Arbeitsstunden nahmen im Februar um gut 46 Prozent zu. Antje Baertschi vom Seco relativiert: «Die Kurzarbeit hat zwar zugenommen, verglichen mit den Krisenjahren 2009 und 2010 aber bewegt sie sich nach wie vor auf sehr tiefem Niveau.»

Seco-Direktionsleiter Boris Zürcher gibt ebenfalls Entwarnung: Die Zahl der betroffenen Unternehmen dürfte in-

zwischen bereits wieder abnehmen. Während im März dieses Jahres noch 503 Betriebe beim Seco für Kurzarbeit vorangemeldet waren, ist diese Zahl im April auf noch 414 gesunken.

Länger arbeiten als Zwischenlösung

Anstatt Kurzarbeit einzuführen, haben in den letzten Monaten zahlreiche Unternehmen unter dem Druck des starken Frankens angekündigt, die Arbeitszeiten zu erhöhen. Die prominentesten Beispiele aus der Innerschweiz sind V-Zug, Ruag, Landis + Gyr, Siemens Building Technology oder Maxon Motor (wir berichteten). Dem Seco liegen keine An-

Anzahl Arbeitslose

Schweiz und Kantone	April 2015	Quote %
Schweiz	141 131	3,3
Luzern	4206	2,0
Zug	1424	2,2
Schwyz	1349	1,6
Obwalden	183	0,9
Nidwalden	234	1,0
Uri	236	1,3

gaben über die Anzahl der Unternehmen vor, die eine Arbeitszeiterhöhung einführen, wie Antje Baertschi sagt. Denn diese Massnahme muss dem Seco nicht gemeldet werden. «Die Festlegung der Arbeitszeit ist in der Schweiz grundsätzlich Sache der Vertragsparteien», sagt Antje Baertschi. «Dabei müssen insbesondere die Vorgaben eines allfällig anwendbaren Gesamtarbeitsvertrages und die gesetzlichen Bedingungen für eine Änderungskündigung stimmen», führt Baertschi weiter aus. Auf jeden Fall aber müsse sich die Arbeitszeit innerhalb des Rahmens des Arbeitsgesetzes bewegen, so Baertschi.

Risiko höher, arbeitslos zu werden

Die Verunsicherung über die Entwicklung des Arbeitsmarkts ist laut dem Seco unverändert gross. So ist das Risiko, seinen Job zu verlieren, laut Boris Zürcher leicht gestiegen. Auch dass Arbeitslose heute länger suchen müssen, bis sie wieder eine Stelle finden, deutet auf mehr Entlassungen und eine erschwerte Rückkehr in den Arbeitsmarkt hin, sagt Zürcher. Vor allem die über 50-Jährigen sind von dieser Entwicklung überdurchschnittlich betroffen, wie die Seco-Zahlen zeigen.

Altersvorsorge weit vom Optimum entfernt

In der Altersvorsorge gibt es zahlreiche Eingriffe, die widersprüchlich sind. Nachdem man schon nicht die betriebliche Mitbestimmung durchsetzen konnte, galt die paritätische Verwaltung der BVG-Einrichtungen als sozialpartnerschaftliche Errungenschaft. In der Folge kam es aber zu vereinzelt «Betriebsunfällen», auf die stets von neuem reagiert wurde. Heute liegt ein Flickwerk vor.

Die grosse Mehrheit der weit über 1500 Vorsorgeeinrichtungen wird von Laien-Stiftungsräten geführt. Strukturell wären 100 professionell geführte Einrichtungen ausreichend. Stattdessen beschäftigen sich wohl 10 000 Personen mit den vielfältigen Verpflichtungen und Anlagen nebenamtlich. Angesichts der Überforderung und der haftungsrechtlichen Risiken wird fachliche Expertise beigezogen, in der Regel ohne Zweitmeinung, sodass man sich de facto in die Hände eines Pensionskassenexperten begibt. Dieser kann mit viel Spielraum schalten und walten, und ganz sicher kommt er nicht auf die Idee, die Pensionskasse mit einer anderen zu fusionieren und einer Sammelstiftung anzuschliessen. Er würde seinen Consultingmarkt verkleinern. Vorsorgeeinrichtungen sind ein Tumfeld für Berater. Die Anreize zur selbst induzierten Nachfrage sind eklatant. Gerne buhlt man auch um ein Expertengutachten bei der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge, um behördlich finanziertes Eigenmarketing zu betreiben.

Unheil gibt es auch auf der Verpflichtungsseite, wo die Erwerbstätigen durch die Pensionierten quersubventioniert werden. Der Umwandlungssatz, der für die Rentenfestlegung entscheidend ist, bleibt ökonomisch betrachtet viel zu hoch, doch wer will sich politisch mit den Rentnern, der aktiven Wählerschaft, anlegen? Die Jungen kümmern es nicht, weil sie ohnehin

zunehmend das Vertrauen in die erste und zweite Säule verlieren. Ihrer Pflicht, sich staatsbürgerlich mit solch zentralen Themen auseinanderzusetzen, gehen sie nicht ernsthaft nach. Indes glauben immer weniger, dass man je erhalten wird, was man heute einzahlt. Bis vor kurzem war es genau umgekehrt: Wer heute AHV bezieht, ist mehrheitlich für die entsprechenden Beiträge in seinem Erwerbssalter nicht vollumfänglich aufgekommen.

Wenig Transparenz zeichnet ohnehin die Vorsorgeausweise aus. Jede Katzenfutterdeklaration und jede Mikrowellenanleitung ist einfacher zu verstehen. Die wirklich entscheidenden Annahmen bleiben verborgen. So entsteht kein Ärger, und Wahlfreiheiten bei der Anlagestrategie werden ohnehin fast nirgends gewährt. Nicht selten kommt der Unmut, wenn man sich im Alter von 60 Jahren mit der Pensionierung auseinanderzusetzen beginnt – dann, wenn die heute Verantwortlichen selbst schon im Ruhestand sind. Womit wir bei einer zentralen langfristigen Herausforderung sind. Was kurzfristig Sicherheit gewährt (über 40 Prozent der Anlagen sind in Liquidität und praktisch zinslosen Wertpapieren investiert), hinterlässt hohe Langfrist-schäden. Die entsprechenden Opportunitätskosten solcher Anlagestrategien bleiben verborgen.

AUSSICHTEN

Im BVG war einst – aufgrund des Kapitaldeckungsverfahrens – mit immer höheren Finanzerträgen gerechnet worden. Doch viele Pensionskassen vermögen mit einer erheblichen Wahrscheinlichkeit nicht einmal die Mindestrendite von 1,75 Prozent sowie zusätzliche 0,5 Prozent für das Langleberisiko zu erzielen. Damit drohen

in den kommenden Jahren höhere Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wer nichts riskiert, verliert. In einem Negativzinsumfeld sind Renditen von 2 bis 4 Prozent nur unter Beimischung von realen Anlagen wie beispielsweise privatem Beteiligungskapital (Private Equity) zu erzielen. Wer allerdings die Verwalterkosten senken will, streicht als Erstes jene Anlageklassen aus dem Portfolio, bei dem sie am höchsten liegen – beispielsweise bei diesen Privatmarktanlagen. Aber genau da wurden die höchsten Renditen der letzten 30 Jahre erarbeitet. Und zwar, weil der Fondsmanager privat gehaltener Unternehmen – der nicht nur hinter einem Bloomberg-Bildschirm sitzt, sondern aktiv auf Verwaltungsratsstufe (kostenlos) mitwirkt – selbst investiert und nur wirklich gut bezahlt wird, wenn er zuallererst den Investoren alles Geld zurückbezahlt und eine Mindesthürde von 8 Prozent übertroffen hat. Hohe Managerkosten können ausschliesslich im Erfolgsfall anfallen. Da funktioniert eine ganze Branche viel gesünder als die Welt der kotierten Aktiengesellschaften, die manchenorts als Selbstbedienungsladen für Manager dient. Letzteres muss der Pensionskassenbuchhalter nicht ausweisen. Auch nicht die Kosten, wenn er auf den garantiert negativ verzinslichen Staatsanleihen und anderen Festverzinslichen sitzen bleibt: Dabei übersteigen diese Kosten jene der gesamten Vermögensverwaltung bei weitem.

Aber die Staatsanleihen sollen nach dem Regulator Sicherheit vermitteln und den Hauptteil der Anlagen ausmachen. Privatmarktanlagen werden in einen unseligen Topf von «alternativen Anlagen» geworfen. Dort fristen sie im Schweizer Pensionskassendurchschnitt ein kümmerliches Dasein im Umfeld von Hedge-Funds, Katastro-

phenanleihen, Contingent Convertibles, Rohstoffen, Edelmetallen und exotischen Anlagen. Diese regulatorische Schutzmassnahme verhindert die vertiefte Auseinandersetzung mit dem, was die reale Rendite in der Vorsorge retten kann: Die Beteiligung an marktwirtschaftlich tätigen Unternehmen, ob sie kotiert sind oder nicht, muss zur regulatorischen Nebensache werden. Erhofft sich der ökonomisch gesunde Menschenverstand.

Maurice Pederghana (50) ist Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).



Vadian Bank einigt sich im Steuerstreit

ST. GALLEN sda. Die von der St. Galler Kantonalbank übernommene Vadian Bank hat sich mit den US-Behörden im Steuerstreit geeinigt. Dies teilte das Department of Justice (DOJ) gestern mit. Die Bank habe ein Non-Prosecution Agreement (NPA) mit den erforderlichen Bedingungen unterzeichnet, hiess es. Darin verpflichtet sich die Vadian dazu, eine Busse in der Höhe von 4,253 Millionen Dollar zu zahlen. Im Gegenzug werde das US-Justizministerium von einer strafrechtlichen Verfolgung wegen steuerrechtlicher Vergehen absehen, hiess es. Ausserdem stimmte Vadian zu, zu kooperieren und die Implementierung von Kontrollen nachzuweisen, um Verfehlungen mit undeckelten US-Vermögen zu stoppen.

ANZEIGE

BLASENBILDUNG



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), wie sich Anleger im Umfeld mit EZB-Kaufprogramm und Negativzinsen positionieren können.»

Christof Reichmuth
unbeschränkt haftender Gesellschafter

PRIVATBANKIERS
REICHMUTH & CO
INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch